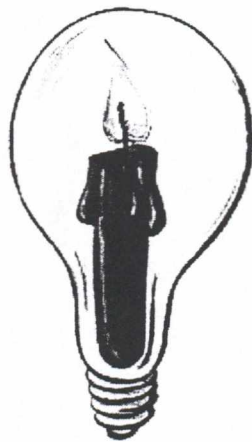


**3X NEIN ZU NEUEN STEUERN AUF ENERGIE**

**FACT-SHEET I:**

# **DIE ZAHLEN DES BFE**



**Stand 20. Juni 2000**

**„Komitee gegen neue und ungerechte Steuern“**

**Postfach 251, 8032 Zürich**

**<http://www.energiesteuern-nein.ch>**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Ausgangslage .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Die Vorwürfe .....</b>	<b>3</b>
2.1. "Anonyme Studie"	3
2.2. "Unrealistische Annahmen"	3
2.3. "40'000 Franken sind unrealistisch"	4
2.4. Rentnerehepaar versus vierköpfige Familie	4
<b>3. Der Energierechner des BFE.....</b>	<b>5</b>
3.1. Die Annahmen	5
3.2. Der Verbrauch	6
3.3. Die Rechnung	7
3.4. Die weiteren "Annahmen" des BFE	8
<b>4. Fazit .....</b>	<b>8</b>

# 1. Ausgangslage

Am 9. Juni 2000 hat das Bundesamt für Energie in einer Medienmitteilung das Komitee gegen neuen und ungerechte Steuern kritisiert und deren Berechnungsbeispiele zur sozialen Ungerechtigkeit der neuen Energiesteuern zu widerlegen versucht. Die Studie enthalte, so das BFE, "zahlreiche Ungereimtheiten". Das vorliegende Papier liefert die Hintergründe zur BFE-Mitteilung und hinterfragt deren Argumentation kritisch.

## 2. Die Vorwürfe

### 2.1. "Anonyme Studie"

- Die Befürworter neuer Steuern auf Energie kritisieren, dass es sich bei den Berechnungsbeispielen der wf um eine „anonyme Studie“ handle. Dieser Vorwurf ist falsch.
- Zu diesem **Scheinargument** wird nur gegriffen, um die Zahlen schlecht zu machen. Tatsache ist: Die Zahlen wurden von der wf im Auftrag des „Komitees gegen neue und ungerechte Steuern“ erarbeitet. Dass die Berechnungen von der wf stammen, ist seit ihrer ersten Veröffentlichung im Sonntagsblick vom 28. Mai 2000 bekannt und wurde zu keinem Zeitpunkt verheimlicht. Dass die Befürworter neuer Steuern auf Energie auf einen solchen Nebenschauplatz flüchten müssen, beweist lediglich, dass sie **nicht in der Lage** sind, die **Berechnungen der wf zu entkräften**. Energiesteuern wirken regressiv und führen zu einer neuen Umverteilung.
- Die Hektik, die bei den Befürwortern neuer Steuern auf Energie entstanden ist, belegt im übrigen, dass es die **Verwaltung versäumt** hat, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier rechtzeitig über die konkreten Folgen der Energiesteuern **zu informieren**. Zum Zeitpunkt der Behandlung der Vorlagen in den Kommissionen und im Parlament lag **kein aussagekräftiges Zahlenmaterial** vor, um die Wirkung der Energiesteuern zu beurteilen. Aufgeschreckt durch die Berechnungsbeispiele der wf sah sich das BFE erst jetzt gezwungen, selber Zahlen zu publizieren, und diese bestätigen sowohl die wf-Zahlen als auch die daraus abgeleiteten Folgerungen, auch wenn das BFE versucht, die Folgen neuer Steuern zu bagatellisieren.

### 2.2. "Unrealistische Annahmen"

Das BFE wirft der wf „unrealistische Annahmen“ vor. Kritisiert wird namentlich, dass der Energieverbrauch trotz unterschiedlichen Einkommen gleich bleibt.

- Die wf rechnet beim Energieverbrauch mit **Durchschnittswerten** (wie das BFE im Übrigen auch). Das BFE unterstellt aber, dass Menschen mit höheren Einkommen automatisch auch mehr Energie verbrauchen als jene mit tieferen Einkommen. Die Absicht, die dahinter steckt, ist offensichtlich: Das BFE will das Problem der ungerechten Rückerstattung bagatellisieren.
- Zwischen **Einkommen und Energieverbrauch** besteht **kein direkter Zusammenhang**. Besserverdienende fahren nicht zwangsläufig mehr Auto, und sie heizen auch nicht intensiver. Im Gegenteil: Eine vierköpfige Familie hat einen bedeutend grösseren Raumbedarf als ein Single und muss folglich auch mehr heizen. Für Freizeitaktivitäten sind Familien eher auf das Auto angewiesen als vermögende Singles mit einer gut erschlossenen Stadtwohnung. Eine Bauernfamilie in einem

abgelegenen Dorf ist sogar noch stärker vom Auto abhängig als alleinstehende Stadtbewohnerinnen und -bewohner. Und dass Bewohner in den höher gelegenen Regionen länger und intensiver heizen müssen, dürfte sowohl dem BFE als auch den links-grünen Befürwortern neuer Steuern auf Energie bekannt sein. Dass Rentnerinnen und Rentner nur Steuern zahlen und bei der Rückerstattung leer ausgehen, wird bewusst verschwiegen.

- Das BFE geht weiter davon aus, dass alle Schweizerinnen und Schweizer nach der Einführung neuer Steuern ihr Haus isolieren und neue, sparsame Autos anschaffen werden. Diese Annahme ist aus der Luft gegriffen.

### **2.3. "40'000 Franken sind unrealistisch"**

Das BFE kritisiert, dass die wf in einem Beispiel von einem Lohn von 40'000 Franken ausgeht. Das BFE kritisiert das Berechnungsbeispiel, weil es klar zeigt, dass tiefere Einkommen benachteiligt werden. Doch auch mit einer Lohnsumme von 50'000 oder 60'000 Franken ist die Tendenz eindeutig: Es kommt zu einer grossen Umverteilung. Hohe Einkommen erhalten Geld vom Staat, kleine Einkommen werden benachteiligt. Und weil Umverteilungen volkswirtschaftlich schädlich sind, lehnt die Wirtschaft die Vorlagen aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Die so entstehenden Ungerechtigkeiten sind nichts anderes als ein Freipass für weitere staatliche Eingriffe.

### **2.4. Rentnerhepaar versus vierköpfige Familie**

Das BFE kritisiert, dass gemäss wf-Berechnungen ein Rentnerhepaar mehr Energie verbrauche als eine vierköpfige Familie. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass es dem BFE einzig darum geht, die Zahlen der wf schlecht zu machen. Zu diesem Zweck werden die Berechnungen aus dem Zusammenhang gerissen. Die **wf hat differenzierte Zahlen vorgelegt** – beispielsweise für Rentnerinnen und Rentner mit hohem wie mit tiefem Energieverbrauch, und auch bei den Familien wurde **nach hohem und tiefem Energieverbrauch unterschieden**. Es handelt sich um Einzelbeispiele, die für sich alleine stehen. Wenn das BFE nun den Energieverbrauch eines Rentnerpaars, das in einem Einfamilienhaus lebt, jenem einer vierköpfigen Familie in einem Mehrfamilienhaus gegenüberstellt, werden Äpfel mit Birnen verglichen – wissentlich, um die Glaubwürdigkeit der wf-Zahlen zu untergraben. Dass solche Vergleiche nicht zulässig sind, versteht sich von selbst. Doch weil das BFE den einzelnen Berechnungsbeispielen nichts entgegensetzen kann, wird auf unlautere Argumentationsmethoden zurückgegriffen.

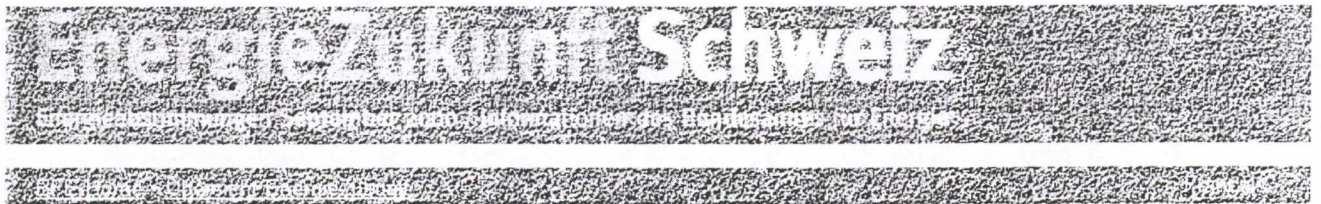


### 3. Der Energierechner des BFE

Auf seiner Internetseite hat das BFE ein "individuelles online-Berechnungsmodell" aufgeschaltet. Es können diverse Parameter eingegeben werden, aufgrund derer die individuelle Belastung durch die Grundnorm ausgerechnet werden kann. Beim **BFE** gibt es selbstverständlich **kaum je eine Belastung, obwohl es mit ähnlichen Zahlen operiert wie die wf-Studie**.

- Das **BFE bedient** sich jedoch einiger **Tricks**, um die Rechnung zu beschönigen. Letztlich ist es aber gar nicht möglich, dass **alle Geld** vom Staat **zurückerhalten**. Das wäre ein Beispiel für wundersame Geldvermehrung. Die Grundnorm ist jedoch staatsquotenneutral ausgelegt. Das heisst: Das Geld wird lediglich umverteilt. Die Verlierer liegen am unteren Ende und in der Mitte der Lohnskala. Die **Energiesteuer** wirkt **als Verbrauchssteuer regressiv**, und die Rückerstattung über die Lohnnebenkosten hat den selben Effekt.

#### 3.1. Die Annahmen



##### Individuelles online-Berechnungsmodell

Das nachfolgende Online-Formular erlaubt Ihnen, Ihren individuellen Saldo der Umweltabgabe zu berechnen. Angenommen wird, dass die Umweltabgabe zum Höchststutz (ab 2004) eingeführt wird.

Im Formular werden die folgenden Basiswerte verwendet:

- Abgabe Heizöl: 20 Rappen pro Liter
- Abgabe Treibstoff: 18 Rappen pro Liter
- Abgabe Elektrizitätsverbrauch: 0.8 Rappen je kWh
- Rückerstattung Sozialversicherungsprämien: 0.65 % des Bruttolohns
- Elektrizitätspreisreduktion aufgrund der Marktöffnung: 3 Rappen je kWh

Bitte geben Sie Ihre Eckdaten ein

Zurücksetzen

Wohnungsgrösse (m<sup>2</sup>):

100

Bruttolohn in Fr.

140'000

Die **Abgaben**, die das BFE bei Heizöl, Treibstoff (Benzin) und Strom einsetzt, **entsprechen** denjenigen der **wf-Studie**. Sie **stammen vom** Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft **BUWAL** und wurden in der Fachbeilage Umweltfakten 2000/2 der BUWAL-Publikation Umwelt veröffentlicht.

Bei der Höhe der Rückerstattung bringt das BFE jedoch eine Zahl ins Spiel, die in dieser Grössenordnung bisher nicht zur Diskussion gestanden hat. Ursprünglich war von einem Lohnprozent die Rede, was auf der Arbeitnehmerseite zu einer Senkung der **Lohnnebenkosten von 0,5 Prozent** geführt hätte. Mit dieser Zahl hat die wf gerechnet.

Das BFE rechnet hingegen mit einem bisher noch nie genannten Rückerstattungssatz von 0,65 Prozent. Diese Zahl ist unrealistisch, denn der Höchstsatz der Grundnorm – 2 Rappen pro kWh – soll schrittweise

bis ins Jahr 2004 eingeführt werden. Bis dahin wird jedoch die Lohnsumme derart angestiegen sein, dass die Rückerstattung nicht mehr auf diesem Niveau erfolgen kann. Hinzu kommt: Falls mit der Grundnorm auch die **Förderabgabe angenommen** wird, steht für die **Rückerstattung weniger Geld** zur Verfügung: **450 Millionen** – 0,3 Rappen pro kWh – werden **für Subventionsvorhaben abgezogen**. Sollte darüber hinaus die Grundnorm tatsächlich Wirkung entfalten und zu einem Rückgang des Energieverbrauchs führen, steht noch weniger Geld für die Rückerstattung zur Verfügung. Aus diesen Gründen ist der vom BFE propagierte Rückerstattungssatz von 0,65 Prozent völlig unrealistisch.

Noch weiter geht das BFE mit der Behauptung, die Strommarktliberalisierung verbillige den Strom um 3 Rappen pro kWh, obwohl die **Strommarktliberalisierung** soeben auf die **lange Bank geschoben** wurde. Hinzu kommt, dass die Zahl von 3 Rappen pro kWh nicht begründet wird. Es ist letztlich auch etwas befremdend, die Stromkundinnen und -kunden mit billigeren Strompreisen zu ködern, um ihnen im Gegenzug durch neue Energiesteuern **das eingesparte Geld wieder aus der Tasche zu ziehen**. Der "Einbezug" der Strommarktliberalisierung in die Berechnungen führt schliesslich zum grotesken Effekt, dass derjenige, der viel Strom verbraucht, besser fährt als derjenige, der Strom spart.

### 3.2. Der Verbrauch

Bitte geben Sie Ihre Eckdaten ein		Zurücksetzen
Wohnungsgrösse (m <sup>2</sup> ):		Bruttolohn in Fr.
Verbrauch Auto (l/100km):		Aktueller Benzinpreis (Fr./l) <span style="float: right;">1.50</span>
Gefahren km pro Jahr:		Aktueller Heizölpreis (Fr./l) <span style="float: right;">0.42</span>
Elektrizitätsverbrauch (kWh) (CH Durchschnitt 3000 - 4000)		Heizölverbrauch (CH Durchschnitt: 21 l/m <sup>2</sup> , Minergieumbau: 9 l/m <sup>2</sup> ) <span style="float: right;">21.00</span>

Die Angabe des aktuellen **Benzin-** und des Heizölpreises sowie die Möglichkeit, diese für die Berechnung zu ändern, suggeriert, der Benzinpreis und der Preis für Heizöl hätten Einfluss auf die Höhe der Energiesteuern. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Abgabesätze beziehen sich auf den Energiegehalt dieser Energieträger. Der Energiegehalt eines Liters Benzin beträgt 9 kWh, derjenige des Heizöls 10 kWh, der **Preisaufschlagschlag ist immer 20 Rappen** – egal, ob das Benzin 1.20, 1.50 oder 2.10 Franken kostet.

Unterschiede zwischen **wf** und BFE ergeben sich beim durchschnittlichen Heizöl- und Elektrizitätsverbrauch. Gemäss SIA-Standard 380/1 wird mit einem durchschnittlichen Konsum von **12 Litern** Heizöl extraleicht **pro Quadratmeter** und Jahr gerechnet. Diesen Wert hat die wf für ihre Studie übernommen. Sie liegt damit deutlich unterhalb dem Wert, den das BFE für seine Berechnungen verwendet. Woher das **BFE** diesen Wert von **21 Litern pro Quadratmeter** nimmt, ist nicht bekannt. Diese Zahlen können geändert und denjenigen der wf angepasst werden.

Bei der Berechnung des **Elektrizitätsverbrauchs** stützt sich die **wf** auf Angaben der **bernischen Elektrizitätswerke**. Bei Haushalten, die das Warmwasser durch einen Elektroboiler aufheizen lassen, liegt der Stromverbrauch über den Angaben des BFE. Wird das Warmwasser durch Öl-, Gas-, Holzheizung oder Fernwärme erzeugt, liegen die Zahlen unterhalb der BFE-Zahlen.



### 3.3. Die Rechnung

Bitte geben Sie Ihre Eckdaten ein

Wohnungsgrösse (m <sup>2</sup> ):	<input type="text" value="90"/>	<input type="button" value="Zurücksetzen"/>	Bruttolohn in Fr.	<input type="text" value="40'000"/>
Verbrauch Auto (l/100km)	<input type="text" value="9"/>		Aktueller Benzinpriess (Fr/l)	<input type="text" value="1.50"/>
Gefahrene km pro Jahr	<input type="text" value="15'000"/>		Aktueller Heizelpriess (Fr/t)	<input type="text" value="10.42"/>
Elektrizitätsverbrauch (kWh) (CH Durchschnitt 3000 - 4000)	<input type="text" value="5'550"/>		Heizölverbrauch (CH Durchschnitt: 21 l/m <sup>2</sup> , Minergieumbau: 9 l/m <sup>2</sup> )	<input type="text" value="12.00"/>

Ergebnisse:

Mehrbelastung durch Abgabe:	Fr.	Saldo Mehrbelastung, Rückerstattung, Marktöffnung	Fr.
Heizung:	<input type="text" value="216.00"/>	Mehrbelastung:	<input type="text" value="-503.40"/>
Treibstoff:	<input type="text" value="243.00"/>	Rückerstattung Sozialversicherungsprämien: 0.65 % des Bruttolohns	<input type="text" value="+260.00"/>
Strom:	<input type="text" value="44.40"/>	Kostenreduktion aufgrund Elektrizitätsmarktöffnung:	<input type="text" value="+166.50"/>
<b>Total:</b>	<input type="text" value="503.40"/>	<b>Saldo ohne Energieeinsparungen:</b>	<input type="text" value="-76.90"/>

Die **BFE-Rechnung** mit Daten aus einem wf-Beispiel ergibt im Prinzip **exakt dieselben Resultate**: Die Mehrbelastung stimmt in jedem Fall überein. Unterschiede entstehen bei der Rückerstattung (BFE: 0,65 Prozent, wf: 0,5 Prozent) und bei der Berücksichtigung der "Strommarktliberalisierung".

	BFE	wf
Belastung	-503.40	-503.40
Rückerstattung	260.-	200.-
Saldo	<b><u>-243.40</u></b>	<b><u>-303.40</u></b>
Strommarktliberalisierung	+166.50	
Salos BFE	-76.90	

Ohne den Einbezug dieser Strommarktliberalisierung kommt das BFE auf ein Saldo von minus 243.40 Franken, die wf auf minus 303.40 Franken. Der Unterschied entsteht – wie bereits erwähnt – durch den höheren Rückgabesatz des BFE (in diesem Fall 60 Franken oder 0,15 Prozent von 40'000 Franken).

Mit der sofortigen Strommarktöffnung kommt das BFE noch ein Minus von 76.90 Franken. Wer nun aber meint, mit einem geringeren Stromverbrauch könne der Saldo ins Positive

gehoben werden, täuscht sich: Reduziert man die Eingabe beim Stromverbrauch auf 2550 kWh (Warmwasseraufbereitung nicht mit Elektroboiler), wartet der BFE-Rechner mit einem Negativsaldo von 142.90 Franken auf! Fazit: Wer Strom spart, fährt schlechter.

Wohnungsgrösse (m <sup>2</sup> ):	<input type="text" value="15'000"/>	<input type="button" value="Zurücksetzen"/>	Bruttolohn in Fr.	<input type="text" value="40'000"/>
Verbrauch Auto (l/100km)	<input type="text" value="9"/>		Aktueller Benzinpriess (Fr/l)	<input type="text" value="1.50"/>
Gefahrene km pro Jahr	<input type="text" value="15'000"/>		Aktueller Heizelpriess (Fr/t)	<input type="text" value="10.42"/>
Elektrizitätsverbrauch (kWh) (CH Durchschnitt 3000 - 4000)	<input type="text" value="2'550"/>		Heizölverbrauch (CH Durchschnitt: 21 l/m <sup>2</sup> , Minergieumbau: 9 l/m <sup>2</sup> )	<input type="text" value="12.00"/>

Ergebnisse:

Mehrbelastung durch Abgabe:	Fr.	Saldo Mehrbelastung, Rückerstattung, Marktöffnung	Fr.
Heizung:	<input type="text" value="216.00"/>	Mehrbelastung:	<input type="text" value="-479.40"/>
Treibstoff:	<input type="text" value="243.00"/>	Rückerstattung Sozialversicherungsprämien: 0.55 % des Bruttolohns	<input type="text" value="+260.00"/>
Strom:	<input type="text" value="20.40"/>	Kostenreduktion aufgrund Elektrizitätsmarktöffnung:	<input type="text" value="+76.50"/>
<b>Total:</b>	<input type="text" value="479.40"/>	<b>Saldo ohne Energieeinsparungen:</b>	<input type="text" value="-142.90"/>

### 3.4. Die weiteren "Annahmen" des BFE

Das BFE bringt es schliesslich im dritten Teil seines Rechners fertig, durch **unrealistischen und spekulative Annahmen** Zahlen zu liefern, die tatsächlich praktisch in jedem Fall positiv sind und so die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger fälschlicherweise glauben machen wollen, die neuen Energiesteuern hätten für alle einen positiven Effekt.

Total:	500.40	Saldo ohne Energieeinsparungen:	-76.96
<hr/>			
<b>Möglich Energieeinsparungen ohne Investitionen:</b>	Fr.	<b>Saldo nach Energieeinsparungen ohne Investitionen in Fr.:</b>	+494.06
Gleichwertiger Personenwagen mit 2 l/100 km weniger Verbrauch:	504.00	Falls Ihr Saldo negativ ist (-), leisten Sie mit Ihrem Beitrag etwas zur Stärkung der Sozialwerke. Mit weiteren Energiesparmassnahmen oder energiesparenden Investitionen können Sie aber auch dieser Restbelastung ausweichen.	
Vernünftiges Verhalten (-10% Heizölverbrauch):	66.96		
<b>Total:</b>	570.96		

Das BFE geht offenbar davon aus, dass ausgerechnet diejenigen, die am wenigsten von der Grundnorm profitieren – Menschen mit tiefem Einkommen – über genügend Geld verfügen, um sich **sofort ein neues Auto** kaufen und **sonstige energiesparende Investitionen** vornehmen zu können.

Und besonders brisant: Wer nach all den Manipulationen immer noch einen negativen Saldo hat, dem wird versprochen: "Falls Ihr Saldo negativ ist, dann leisten Sie mit Ihrem Beitrag etwas zur Stärkung der Sozialwerke." Das ist eine schlichte Lüge, denn die Gelder der Grundnorm werden ja über den Rückerstattungsmechanismus nur umverteilt. An der effektiven Höhe der Finanzierung ändert sich nichts.

## 4. Fazit

Die Zahlen, wie sie die wf vorgelegt hat, stimmen in den entscheidenden Punkten mit den Zahlen des BFE überein. Unterschiede entstehen dort, wo das BFE zusätzliche Annahmen über Einsparungsmöglichkeiten mit einbezieht (Elektrizitätsmarktöffnung, neues Auto, weniger Heizen). Ebenfalls unterschiedlich ist die Höhe des Satzes für die Reduktion der Lohnnebenkosten (wf: 0,5 Prozent, BFE: 0,65 Prozent). Der Rückgabesatz, den die wf verwendet hat, ist um einiges realistischer als derjenige des BFE. Die Einsparungsmöglichkeiten, die das BFE in sein Rechnungsmodell einfügt, dienen einzig dazu, das Resultat zu beschönigen.

Was weiter auffällt ist, dass das BFE bei seinen Berechnungen nur bis zu einer Lohnsumme von 107'500 Franken geht, obschon nicht wenige Leute deutlich mehr verdienen. Auch dies hat seinen Grund: Die Ungerechtigkeiten fallen mit steigender Lohnsumme immer krasser aus, und das möchte man lieber nicht öffentlich sagen.

Es kommt eine weitere Fehlüberlegung hinzu: Wenn die Einsparmöglichkeiten tatsächlich greifen würden, sinkt der Steuerertrag. Dies hätte wiederum eine verminderte Rückerstattung zur Folge.

Fazit bleibt: Die **Energiesteuern sind ungerecht**; sie wirken regressiv. Sie belasten den Mittelstand, Familien, Rentnerinnen und Rentner sowie tiefere Einkommensschichten. Das sollte der Bund nicht verschweigen.